

# Pulsnißer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsniß  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnißer Bank, Pulsniß und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsniß

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beizeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75  
and RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsniß  
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäften des Pulsnißer Amtsgerichtsbezirks: Pulsniß, Pulsniß N. O., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Oberheina, Niederheina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsniß, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von C. F. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsniß

Nummer 31

Montag, den 7. Februar 1927

79. Jahrgang

## Das Wichtigste

Im Reichstag fand am Sonnabend die Abstimmung über das Ver-  
trauensvotum der Regierung statt.  
Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius begehrt heute, am 7. Februar  
seinen 50. Geburtstag.  
Das französische Kriegsgericht in Landau bestrafte einen Besatzungs-  
soldaten, der eine deutsche Dame niedergeschossen hatte, zu zwei Jahren  
Gefängnis und zehn Jahren Ehrenverlust.  
Der deutsche Pilot Steindorf stellte mit einem Flugzeug der Rohrbach-  
werke fünf neue Weltrekorde auf.  
Die Grippeepidemie nimmt in den deutschen Ueberschweemmungsgebieten zu.  
In den russischen Karpaten herrscht eine große Ungeziefer-, Wild- und  
Waldplage.  
Präsident Coolidge hat dem amerikanischen Senat die Teilnahme Ame-  
rikas an der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz empfohlen.  
Die mexikanische Regierung hat die Erhöhung sämtlicher Einfuhrzölle  
um 5 Prozent des Wertes der Waren angeordnet. Die Erhöhung  
soll bereits innerhalb eines Monats in Kraft treten.  
Der deutsche Botschafter von Hoeßlich ist gestern früh in Berlin einge-  
troffen und hatte im Laufe des Sonntags eine längere Aussprache  
mit dem Reichsaußenminister und dem Staatssekretär des Auswärtigen  
Amtes.  
Der frühere französische Botschafter in Berlin, Laurent, erklärte einem  
Pressevertreter gegenüber, daß der Regierungswechsel in Deutschland,  
der besonders auf innerpolitische Strömungen zurückzuführen sei,  
Fortschritt nicht aufzulegen brauche. Die Mehrheit in allen deut-  
schen Parteien, abgesehen von ziemlich bedeutungslosen Radikalen,  
wolle den Frieden.

## Vertliche und künstlerische Angelegenheiten.

**Pulsniß.** (Balladen-Abend des M.-G.-V. „Liederhain“.) Ab heute beginnt der Vorverkauf für den Balladen-Abend des M.-G.-V. „Liederhain“ am 19. Februar im Schützenhaus in der Buchhandlung Lindenkreuz, Freiseur Reinhardt, Lange Straße und Bäckermeister Wolf, Schießstraße. Es ist zu hoffen, daß dieser Balladen-Abend recht gut besucht wird, spricht doch der Inhalt der beiden Balladen für einen seltenen Genuß.

**Pulsniß.** (Olympia-Theater.) Von Mittwoch bis Freitag läuft im Olympia-Theater der Film: „Ich hab mein Herz in Heidelberg verloren“. Ein Film, der überall mit größtem Erfolg aufgeführt wurde und auch hier mit Beifall ausgenommen werden dürfte. Wir verweisen auf die Anzeige im Infanterienteil dieser Zeitung.

— (Winterjugenherbergen.) Die erfreuliche Ausbreitung des Winterportes bringt an allen Sportsonntagen und den vorhergehenden Sonnabend Nachmittagen große Scharen von Winterportlern auf die Weine. Bedächtigend ist der Ansturm auf die Sonderzüge, oft lebensgefährlich bei den Kleinbahnwagen. Und die doch verdient der Winterport auf alle Weise Förderung, da er den ganzen Menschen erfasst, vor allem auch seine geistigen und stilklichen Anlagen stärkt und schärft. Darum veranstalten Schulen (insbesondere die höheren) und Jugendgruppen mit Recht Fahr- gänge für ihre Jüglinge. Bis vor kurzem bereitete aber die Unter- kunft solcher jugendlicher Teilnehmer gewisse Schwierigkeiten. Diese sind heute restlos gelöst. Dank der Arbeit des Gau's Sachsen vom Verbande für deutsche Jugendherbergen, sind eine ganze Anzahl prächtiger Weiben entstanden, die zur Ausnahme jugendlicher Gäste auch im Winter geeignet sind, weil heizbare Schlaf- und Tages- räume, Bäder und sonstige sanitären Einrichtungen vorhanden sind. Erwähnt seien: Jonsdorf (Rauß), Sebitz, Nitrau, Geising, Hermsdorf (Erzgeb.), Sayda, Rittersgrün, Johanngeorgenstadt. Das Verzeichnis der Herbergen mit näheren Angaben ist durch die Geschäftsstelle des Gau's zu beziehen: Dresden-N., Königsufer 2, Ministerialgebäude, Fernsprecher 52 151, außerhalb der Geschäftszeit durch Oberl. Richter, Dresden-N., Carlowsgerstraße 38 III, Fern- sprecher 32 984.

— (Wochenfürsorge und Erwerbslosen- unterstützung.) In der Frage des weiteren Bezuges der Erwerbslosenunterstützung während der Dauer des Wochengeldbezuges ist jetzt vom Arbeits- und Wohlfahrts- ministerium eine entscheidende Auslegung getroffen worden. Demnach hat die Wöchnerin, die selbständig Erwerbslosen- unterstützung erhält, keinen Anspruch auf deren Weiterge- währung bei gleichzeitigem Wochengeldbezug. Dagegen wird die Erwerbslosenunterstützung dann nicht angerechnet, wenn Familienangehörige von Hauptunterstützungsempfängern Wo- chengeld erhalten. In diesem Zusammenhang muß besonders darauf hingewiesen werden, daß durch die kürzlich erfolgte Abänderung der Reichsversicherungsordnung die Leistungen der Familienwochenhilfe wesentlich erweitert worden sind. Die Familienangehörigen haben nämlich künftig neben den bisherigen Leistungen auch Anspruch auf Hebammenhilfe, Arznei und kleine Heilmittel. Wichtig ist nun, daß diese neuen Vergünstigungen ohne weiteres auch für solche Per-

## Sichere Mehrheit für die Regierung

235 Stimmen für das Vertrauensvotum, 174 dagegen, 18 Stimmenenthaltungen

Pariser und Londoner Pressestimmen zur Reichstagsabstimmung — Die englischen Verhandlungen mit der Peking-Regierung

### Der Schlußakt.

Im Mittelpunkt der Bo- menscheidung des Reichstags stand die Abstimmung über das Vertrauensvotum der Regierung. Spannung und Nervosität konnte dieses Kapitel nicht mehr hervorrufen. In der Mehrheit für den „Besitzbürgerblut“, wie das neue Kabinett dann und wann genannt wird, war ja nun nicht mehr zu zweifeln. Die Situation war völlig klar, und jeder konnte sich ziemlich an den fünf Fingern abzählen, wieviel Stimmen für die Regierung, wieviel gegen sie abgegeben werden würden. Das große Fragezeichen, das über der Wirtschaftlichen Vereinigung stand, wurde schon in den Vormittagsstunden beseitigt. Die Wirtschaftliche Vereinigung stimmte überraschenderweise nicht geschlossen für das neue Kabinett. Die Partei hat so ihre Gründe dafür. Das Finanzprogramm der neuen Regierung paßt ihr nicht. Sie will mehr Sparmaßnahmen sehen und verlangt deshalb das Einsparen von einer Milliarde Mark auf der Ausgabenseite, um dem Mittelstande durch gleichzeitige Abstriche auf der Einnahmenseite steuerliche Erleichterung zu verschaffen. Die ziemlich ausgedehnte Sitzung, an der auch der Reichsfinanzminister teilnahm, brachte schließlich noch den Erfolg, daß zehn Abgeordnete der Wirtschaftspartei sich dem Vertrauensvotum für die Regierung angeschlossen.

Für die Debatte glaubte man bei einigen Parteien noch Ueberraschungen erwarten zu können. Da stand auch der Name des maßgeblichen Zentrumsabgeordneten Stegerwald a l b auf der Rednerliste. Aber auch Herr Stegerwald tat keinem mehr etwas zuleide. Er beglich eine kleine Rechnung mit den Sozialdemokraten und wies ihnen dabei nach, daß nicht allein die Sozialdemokratie den Anspruch machen dürfte, eine Arbeiterpartei zu sein, sondern daß auch von den 4,2 Millionen Zentrumswählern 1,2 Millionen Arbeiter seien. Warum sollte also nur die Sozialdemokratie berufen sein, Arbeiterfragen zu vertreten? Stegerwald begrüßte sogar das sozialpolitische Programm der neuen Regierung und bereitete damit vielleicht diesem und jenem eine Enttäuschung.

Die Angriffe des sozialdemokratischen Abgeordneten Landsberg gegen den Innenminister von Reudell rufen ganz wider Erwarten noch einmal eine stürmische Debatte hervor. Herr Landsberg läßt nicht von seiner Behauptung ab, daß der jetzige Innenminister am Rapp-putsch beteiligt gewesen sei und sich damals den Anordnungen der Regierung widersetzt habe. Diese Behauptung birgt schweren Konfliktstoff in sich, und es ist selbstverständlich, daß der Innenminister nochmals darauf erwidern muß. Noch einmal gehen die Wogen des parlamentarischen Kampfes hoch. Es gibt, wie immer dabei, kleine Beleidigungen, die auf der einen Seite mit Empörung, auf der anderen Seite mit Heiterkeit entgegengenommen werden. Mit diesen und ähnlichen Scherzen vergeht die Zeit. Ordnungsrufe hin, neue Ausfälle her, bis es denn doch zu bunt wird und der Zentrumsabgeordnete U l i z a Aussetzung der Sitzung auf eine Stunde beantragt, damit sich die erregten Gemüter wieder beruhigen können. Diese Ruhepause benutzte ein interfraktioneller Ausschuß der Regierungspartei, um eine gemeinsame Erklärung zum Fall Reudell auszuarbeiten.

Die eine Stunde der Sitzungsunterbrechung wird von emsigen Beratungen ausgefüllt. Es soll dabei hier und da noch hitzige Kämpfe hinter den Kulissen gegeben haben. Aber die Wolken haben sich wieder verzogen. Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien hat in seiner Sitzung Klarheit und Beruhigung gebracht, und als die neue Sitzung beginnt, kann man gleich zu der Abstimmung schreiten, die mit einer kaum erwarteten Mehrheit für das Vertrauensvotum abschließt. Alles ist also in Ordnung, peinlich nur, daß der Zentrumsabgeordnete Dr. Wirth gegen die Regierung gestimmt hat. Bahnt sich hier etwa schon ein neuer Konflikt an?

### Deutscher Reichstag

Sitzung vom 5. Februar 1927

Die große politische Aussprache wird fortgesetzt. Mit zur Verhandlung stehen das Vertrauensvotum der Regierungsparteien und die Mißtrauensvoten der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten, ferner der sozialdemokratische Antrag, die Rede des Abg. Graf Westarp auf Reichskosten in allen Gemeinden des besetzten Gebiets öffentlich anzuschlagen.

Als erster Redner des heutigen Verhandlungstages nimmt Abg. Dr. Stegerwald (Str.) das Wort. Er wendet sich gegen die sozialdemokratische Behauptung, daß eine Große Koalition möglich gewesen wäre. Diese Möglichkeit habe trotz aller Versuche nicht mehr vorgelegen. Es blieb schließlich keine andere Lösung übrig als die gegenwärtige Regierung. Sie ist, so erklärt der Redner, weder der Führung noch nach der Befehung der wichtigsten Ministerien eine Rechtsregierung. (Zustimmung im Str., Widerspruch links.) Der Redner weist dann die Behauptung des Abg. Landsberg zurück, daß hinter der Sozialdemokratie die größte Masse der deutschen Arbeiterschaft stehe. Im übrigen sei aber der Arbeiter doch auch Bürger. Die Bezeichnung der neuen Regierung als Bürgerblut sei daher unzutreffend. Der Redner betonte die Bereitwilligkeit, mit den bei den Deutschen Nationalen vorhandenen sozialen, christlichen und bodenständigen Kräften zusammen zu arbeiten. Das vorbringslichste aber sei im Augenblick, die Kräfte von links zur verantwortlichen Mitarbeit an der Staatsverwaltung heranzuziehen. Nur auf diese Weise könne der alte Haß gegen den Besitz beseitigt werden. Befürchtungen gegenüber der neuen Koalition wegen nicht auf sozialpolitischem, sondern auf staatspolitischem Gebiet. Einer Wiederkehr der unsocialen Verhältnisse vor dem Kriege würde sich die Zentrumspartei aufs schärfste widersetzen. Die Zentrumspartei als Mittelpartei hat eine schwierige Stellung, nur eine Oppositionspartei kann unbeirrt ihren Weg verfolgen. Das Verbot vom Umfall des Zentrums ist deshalb unsinnig.

Der kommunistische Abgeordnete Stöcker stellt die Behauptung auf, das Kabinett des Bürgerbluts werde sicherlich nach innen und außen eine Politik der schärfsten Reaktion machen. Er greift schwer den Minister von Reudell an und behauptet, daß auf seinem Gute eine Uteikung der Olympia monatlang Kriegsübungen abgehalten habe. Man könne sich schon denken, wie dieser fakultische Junker den Witz der Regierungserklärung über die verbotenen Verbände durchführen werde. (Zustimmung links.) Die Rede des Sozialdemokraten Müller bezeichnete Stöcker als einen Schrei an Herrn Marx: Du reiner Engel, der du nur in schlechte Gesellschaft geraten bist, kehre zurück, und alles ist dir vorgeben!

Abg. Feder (Bölk.) erklärt, die Aussprache zeige denselben Kesselfand wie die Regierungserklärung. Das Ergebnis sei: Es wird fortgeworfen! Die Herren Marx und Stresemann seien an- scheinend der eiserne oder vielmehr blecherne Bestand jeder Regierungskoalition. Als der Redner die Ausführungen des Abg. von Guérard als verlogen bezeichnet, wird er zur Ordnung gerufen.

Abg. Landsberg (Soz.) kommt nochmals auf die Vorwürfe gegen den Minister von Reudell zurück. Herr von Reudell habe aus seiner Sympathie für Rapp kein Hehl gemacht. Der Redner weist daraufhin, daß die Regierung damals den Generalstreik proklamiert hatte zu dem Zwecke des Sturzes der Rapp-Regierung und daß jeder deutsche Beamte die Verpflichtung hatte, der Weisung der Regierung entsprechend zu handeln. Herr von Reudell hat, als der Kreisvertrauensmann des Landarbeiterverbandes für den Generalstreik Propaganda machte, diesen Mann in das Büro eines Mühlenbesizers kommen lassen und ihm eröffnet, daß sich die neue Regierung Rapp schon mit der alten Regierung geeinigt habe und sie ersehe.

Reichsminister des Innern v. Reudell verweist auf seine Ausführungen, daß er auf Anfrage beim Regierungspräsidenten in Frankfurt den Auftrag bekommen habe, den Weisungen des Militärbefehlshabers zu entsprechen. Wenn in dieser Zeit, so erklärt der Minister, zu meiner Kenntnis gekommen wäre, daß die verfassungsmäßige Regierung den Generalstreik proklamiert habe, oder wenn andere Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung während dieser Zeit zu meiner Kenntnis gekommen wären, dann hätte ich sie selbstverständlich veröffentlicht.

Die Angaben des Vertrauensmannes des Abg. Landsberg seien durchaus unglaubwürdig. Bezüglich der Olympia, die im Mai 1926 verboten wurde, sei festzustellen, daß zwei Jahre vorher, als die Olympia noch nicht verboten war, ein Ferienlager der Olympia auf seinem Gute gewesen sei. (Hört, hört! links.)

Abg. Kube (Bölk.) bezeichnet den kommunistischen Redner als Groteskkomiker. Er wird vom Präsidenten gerügt. Als von der Linken zahlreiche Zurufe ertönen, erklärt der Präsident unter stürmischer Heiterkeit, der Redner hätte ihn gebeten, festzusetzen, daß er weder Jakob noch Lausbub heiße. (Sturm. Heiterkeit.)

Reichstanzler Dr. Marx: Die hier aufgestellten Behauptungen in ihrer Tragweite abzuschätzen und zu beurteilen, bin ich natürlich nicht in der Lage. Ich habe bereits mit meinem Herrn Kollegen v. Reudell mich dahin abgeprochen, daß selbstverständlich die ganze Angelegenheit eingehend von mir untersucht werden wird. Ich möchte jetzt schon feststellen, daß Herr Minister v. Reudell erklärt hat, er habe damals bei der aufständigen dreukü-

